

PANORAMA

Paragraph F

Die drei westlichen Außenminister packten das heiße Demontageeisen Westdeutschlands persönlich an. Marshall befürwortete während einer Unterredung mit seinen Kollegen Bevin und Schuman die Pläne des Administrators Hoffman zur Demontage-Einstellung. Stiller Helfer bei den amerikanischen Versuchen, Frankreich und England von der Zweckmäßigkeit des Abstoppens der Betriebsverlagerungen zu überzeugen, ist der Paragraph „F“ (Sektion 115) im Grundgesetz des US-Kongresses für die Europahilfe: „Wenn es sich herausstellt, daß Kapitalgüter, die von den drei Westzonen für Reparationen vorgesehen sind, den Zwecken des ERP am wirksamsten dienen, wenn sie in Deutschland verbleiben, dann hat der Administrator den Staatssekretär Marshall zu ersuchen, die Zustimmung der betroffenen Länder zu der Zurückhaltung der Anlagen herbeizuführen.“ — Der Kongreß wacht über diesen Passus, der auf rein wirtschaftlich-geschäftlicher Ueberlegung basiert. Jede unbegründete Weigerung Frankreichs oder Englands, die Demontage im Sinne des Paragraphen F einzustellen, könnte von amerikanischen Kongreßmitgliedern als mangelnder Wille zur westeuropäischen Zusammenarbeit betrachtet werden und auf dem 81. Kongreß (Januar 1949) die Kredite für das kommende Marshall-Plan-Jahr beeinflussen.

Potential

General Clay gab bekannt, daß die Demontage von etwa 300 früheren deutschen Rüstungsbetrieben in der britischen und französischen Zone gegenwärtig aufgehal-

ten werde. United Press zitiert eine nicht-amtliche Meldung, Außenminister Bevin habe in Paris darauf hingewiesen, daß „es bei einigen wichtigen Fabrikanlagen geraten erscheine, sie zu demontieren, da die Gefahr nicht von der Hand zu weisen sei, daß die Sowjetunion eines Tages Westdeutschland besetze und ihr dadurch ein ungeheures Industrie-Potential in die Hände fallen könnte.“

Spirale

Im entscheidenden Moment warfen die kominferngelenkten Kommunisten Frankreichs Achillesfersengeld in die westeuropäische Verteidigungskasse. Die kommunistische Bergarbeitergewerkschaft rief ihre 350 000 organisierten Mitglieder zum Generalstreik auf. Die christlichen Gewerkschaften hatten sich zu zweitägiger Mitwirkung überreden lassen. Am dritten Tage trauten sie sich wegen der kommunistischen Streikposten nicht, die Arbeit wieder aufzunehmen. Teilweise schlossen sich auch Eisenbahn- und Hafentarbeiter an. Liberty-Schiffe voll ERP-Lieferungen mußten in Cherbourg mit voller Ladung die Heimreise antreten. Der Streik kostet Frankreich und Marshallplan-Europa täglich 170 000 Tonnen Kohle. Der Produktionsausfall beträgt pro Tag über 4 Millionen Dollar. Französische Miliz wird überall zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Dienste und Versorgungsbetriebe herangezogen. Die kommunistischen Kumpels drohen, bei Einsatz von Militär gegen Streikende, die Bergwerke unter Wasser zu setzen. Die Annahme ihrer Mindestlohnforderung von 15 000 Francs monatlich (bisher 13 500) würde Frankreichs Inflationsspirale gleich um mehrere Umdrehungen in das Finanzchaos treiben. Die Polizeipräfekten aller Departements wurden nach Paris beordert.

Bruch

Nachdem sich die großen Vier in Moskau einen offenen Bruch gehoben haben, wird das Bleigewicht Berlin dem UN-Sicherheitsrat auf den zerschundenen Rücken geladen. Rußlands Wyschinski legte formellen Protest ein, als auf der Dienstagssitzung mit neun zu zwei Stimmen beschlossen wurde, die Debatte über Berlin aufzunehmen. Die Sowjetunion werde sich nicht an der „illegalen Verhandlung“ beteiligen. Der weißrussische Vertreter Dimitri Manuilski echote den Kehrreim. Wyschinski erklärte, nur der Außenministerrat sei laut UNO-Paragraph 107 für die Berliner Frage zuständig. Die Moskauer Besprechungen seien nur inoffiziell und informell gewesen. Die Westmächte konnten die Teilnahme an den von Rußland vorgeschlagenen neuen Außenminister-Verhandlungen ab, so lange die Blockade andauert. In der Mittwochsitzung sprach der amerikanische Vertreter Dr. Philip Jessup 10 000 gewichtige Anklageworte (Amerika kapituliert niemals in Berlin!). Brite und Franzose assistierten. Wyschinski, der „als Beobachter“ an der Sicherheitsratssitzung teilnahm, las gelangweilt die Pariser Sozialistenzeitung Le Populaire. Draußen vor den Journalisten setzte er wieder „gute Laune“ auf. Mittwochabend vertagte sich der Weltsicherheitsrat bis auf weiteres. Er schien ziemlich ratlos.

Pause

Die sechs unparteiischen Teilnehmerstaaten im Weltsicherheitsrat benutzten die Pause zwischen dem ersten und zweiten Akt des Berliner Debattendramas zu vermittelnden Kulissenverhandlungen. Auf zwei Sondersitzungen wurden Vorschläge zur Regelung der Gegensätze unter den vier Großmächten ausgearbeitet. Mit beiden streitenden Parteien wird verhandelt.



Fingerspitzenpolitik. Rußlands Außenminister-Stellvertreter Wyschinski (links, neben ihm der Sowjetdelegierte Jakob Malik) reitet UNO-Paragraphen, um die Nicht-Zuständigkeit des Sicherheitsrates für den Fall Berlin zu beweisen. Marshall (r.) ist anderer Meinung.

Block

Auf zwei Unterredungen in Paris schmiedeten der griechische Ministerpräsident Constantin Tsaldaris und der ägyptische Außenminister Ahmed Mohamed Khaschaba Pascha einen neuen Plan zur Bildung eines „Mittelostblocks“. Darin sollen im Rahmen der UNO-Charta Afghanistan, Aegypten, Aethiopien, Griechenland, Irak, Iran, Libanon, Pakistan, Saudi-Arabien, Syrien, die Türkei und Jemen zusammengeschlossen werden.

Stiche

Der Vorsitzende des Militärausschusses im amerikanischen Senat, Chan Gurney, versucht mit groben Sticheleien gegen den UNO-Beschluß von 1946 (Abberufung aller diplomatischen Vertreter aus Spanien) den iberischen Dreieck in dem westeuropäischen Verteidigungsgewebe zu flicken. Nach seinen Besprechungen mit General Franco und dem spanischen Generalstab wirbt er in Amerika für die Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen zu Franco und für die Einbeziehung Spaniens in die Westeuropa-Union, den Marshallplan und die UNO. Auch an dem militärischen Pacht- und Leihprogramm, das Gurney vorschlägt, soll Spanien beteiligt sein. („Jeder Feind des Kommunismus ist Amerikas Verbün-

deter.“) Die Iberische Halbinsel wird von US-Strategen als geeignete Operationsbasis für Großbomber und als idealer Nachschubplatz für eine eventuelle europäische Front bezeichnet.

Die USA gaben bekannt, „zur Zeit“ sei keine Aenderung ihrer Politik Spaniens gegenüber beabsichtigt. Das Londoner Foreign Office meldet, Großbritanniens Haltung werde sich in keiner Weise ändern, solange Franco Regierungschef in Spanien sei. In Paris führte Außenminister Marshall mit seinen Kollegen Schuman und Bevin Sonderbesprechungen über die Spanierfrage. Eine völlig neue Situation entstand, als die im Exil lebenden spanischen Monarchisten und Republikaner ein gemeinsames Abkommen gegen Franco geschlossen. England begrüßte den Pakt.

V-6

Deutschlands V-Waffen-Produktion ist unter amerikanischer Regie bei dem neuesten Typ V-6 angelangt. Die neue Konstruktion garantiert Volltreffer. Die geschoßartige Bombe steuert automatisch alle Ziele an, die mehr Wärme als ihre Umgebung ausstrahlen. Sie ist vorzüglich geeignet, für die Totalvernichtung von Schiffen, Fabriken oder Oelraffinerien.

Helden

In der Sowjetrepublik Kasakistan züchtete der Schäfer Saidakhmet Korgazbayew ein neues Schaf, dessen Wolle besser sein soll als die der Merinoschafe. Er kreuzte einen wilden Arkhar-Gebirgswidder mit einem Merino-Mutterschaf. Dem kreuzbraven Hirten wurde dafür der Titel „Held der sozialistischen Arbeit“ zuerkannt.

Skandal

Das japanische Nachkriegskabinett Hitoschi Aschidas ging unter den kräftigen Fehlritten demokratischer Minister in die Brüche. Aschidas Stellvertreter Suehiro Nischio wurde wegen Veruntreuung bei der Ausgabe einer 2,8-Milliarden-Yen-Anleihe der japanischen Wiederaufbaubank verhaftet. Auch der Vorsitzende des Ausschusses für die Verwertung von Heeresbeständen wird der Unterschlagung beschuldigt. Für über 1270 Millionen Tonnen Material flossen nur 200 Millionen Yen in die Staatskasse, der Rest ging auf Nischios Privatkonto. Ministerpräsident Aschida hat selbst die Hände in dem Korruptionsspiel. Auf Drängen der Sozialisten trat das Koalitionskabinett zurück.

Wandlung

Der Sender Leipzig setzte den Partei-Schädlingbekämpfungs-Apparat der SED-Betriebsgruppe auf das große Symphonieorchester an, um den gestörten Einheitsklang wieder herzustellen. Einstimmig wurde der bisherige Dirigent Gerhart Wiesenhütter aus der SED ausgeschlossen. Auf einer Sondersitzung verlas der Betriebsrat einen erbeuteten Brief, in dem Wiesenhütter sich „von allem distanziert, was politisch in der Ostzone gewollt und wirtschaftlich geleistet“ wird. Der SED-Untersuchungsausschuß stellte außerdem fest, Wiesenhütter habe „jede politische Diskussion innerhalb des Orchesters unterbunden, indem er die für einen Genossen unmögliche Stellung bezog, die Kunst müsse unparteiisch sein.“ Wiesenhütter reiste nach Berlin.

Ostdeutschlands Sittenrichter nehmen sich des Paragraphen 175 an, der die Homosexualität unter Strafe stellt. Mit der Forderung, Gesetz und Sittlichkeit in der Sowjetzone müßten den neuen Verhältnissen angepaßt werden, starten Sachsen Zeitungen einen Pressefeldzug zur Aufhebung des umstrittenen Paragraphen. („Die Anschauungen auf allen Gebieten des Sittenlebens haben sich grundsätzlich gewandelt.“) Mit Ausnahme Sachsen-Anhalts gilt der Paragraph 218 in allen Ländern der Ostzone bereits als aufgehoben, soweit die sozialen Verhältnisse eine gesundheitliche Gefährdung für Mutter oder Kind erwarten lassen.

Beitrag

Philipp Fürchtegott Reemtsma wurde von der Hamburger Spruchkammer zu einem letzten NS-Beitrag von 10 Millionen DM verurteilt. Am 27. 11. 1933 waren es drei Millionen, die der Zigarettenkönig den Nazis für die Niederschlagung eines gegen ihn gerichteten Korruptionsverfahrens zahlen sollte. Hermann Göring erklärte ihm damals: „Ich habe gehört, daß Sie für die Luftwaffe eine Million geboten haben. Für meine Luftwaffe bekomme ich genug Geld. Es sind da aber noch andere Dinge, die mir am Herzen liegen, die Staatstheater und meine Jagd. Ich brauche drei Millionen. Sie sind ein reicher Mann. Ich habe mir sagen lassen, Sie besitzen 30 Millionen. Es bleibt also noch genug für Sie.“ — 1933 zahlte Reemtsma. 1948 zahlt er aber nicht, sondern sitzt die Strafe ab. Pro Tag bringt ihm das 33 000 DM ein. Fünf Millionen DM hat er durch die Untersuchungshaft schon abgessen.



Ob sie sich meistwegen umbringen?
Gretchen trägt den Dolch im Busen